

Verwaltungsgericht des Kantons Zug

Rechenschaftsbericht 2005/2006



Kanton Zug

Verwaltungsgericht des Kantons Zug an den Kantonsrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 60 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes erstatten wir Ihnen Bericht über unsere Tätigkeit in den Jahren 2005 und 2006.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Zug, 27. Februar 2007

Für das Verwaltungsgericht

Der Präsident:
Dr. iur. Peter Bellwald

Der Kanzleivorsteher:
Dr. iur. Aldo Elsener

Personelles und Organisation

Der vorliegende 15. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts betrifft die Jahre 2005 und 2006, somit das dritte Drittel der Amtsperiode 2001 bis 2006.

Das Gericht setzte seine Tätigkeit in gleicher Besetzung wie nach der Neubesetzung per 1. Juli 2003 fort, nämlich mit Dr. iur. Peter Bellwald, Baar, lic.iur. Oskar Müller, Baar, lic.iur. Jacqueline Iten-Staub, Zug, lic.iur. Felix Gysi, Zug, Rosemarie Rossi Andenmatten, Cham, lic.iur. Gisela Bedognetti-Roth, Baar, und lic. iur. Patrick Storchenegger, Zug.

Mitglieder

Als Ersatzrichter amtierten in den beiden Berichtsjahren die bisherigen Dr. med. vet. Josef Bieri, Hagendorn, Longina Arnold-Kehl, Steinhausen, Dr. med. Vinzenz Zortea, Cham, Silvia Rebmann, Zug, Agatha Rütschi-Blattmann, Steinhausen, und lic.iur. Ivo Klingler, Walchwil.

**Ersatz-
mitglieder**

Doktor Peter Bellwald war Präsident des Verwaltungsgerichts und lic.iur. Felix Gysi hatte das zweite Vollamt inne. Als Vizepräsident amtete während der ganzen Amtsperiode lic. iur. Oskar Müller, der der amtsälteste Richter ist.

**Präsidium
Hauptamt**

Seit dem 1. Juli 2003 galt – auch für die vorliegende Berichtsperiode – die folgende Kammerzuteilung:

Kammern

1. Verwaltungsrechtliche Kammer:

Bellwald* (Vorsitz), Müller, Iten-Staub, Gysi*, Storchenegger*

(* = Dreier-Besetzung bei SVG-Massnahmen)

Einzelrichter Ausländerrecht:

Bellwald, Gysi, Iten-Staub und Bedognetti-Roth (Ersatz)

2. Abgaberechtliche Kammer:

Bellwald* (Vorsitz), Müller*, Gysi, Rossi Andenmatten* und Storchenegger

(* = ordentliche Dreier-Besetzung)

3. Sozialversicherungsrechtliche Kammer:
 Gysi (Vorsitz), Müller, Iten-Staub, Rossi Andenmatten und Bedognetti-Roth
 Ordentliche Dreier-Besetzung in den Bereichen:
 AHV: Gysi, Iten-Staub, Rossi Andenmatten
 IVG: Gysi, Müller, Bedognetti-Roth
 EL, KVG, BVG: Gysi, Rossi Andenmatten, Bedognetti-Roth
 EO, UVG, MVG: Gysi, Müller, Rossi Andenmatten
 AVIG: Bedognetti-Roth, Iten-Staub, Rossi Andenmatten
 KZG: Bedognetti-Roth, Müller, Rossi Andenmatten
4. Fürsorgerechtliche Kammer:
 Bedognetti-Roth* (Vorsitz), Iten-Staub*, Bellwald, Rossi Andenmatten und
 Storchenegger*
 (* = ordentliche Dreier-Besetzung)

Sitzungen

Das Verwaltungsgericht trat in den Berichtsjahren zu 119 Sitzungen zusammen.
 Die Sitzungen verteilen sich auf die Berichtsjahre und die Kammern wie folgt:

	2005	2006	Total
Gesamtgericht	4	4	8
1. Kammer	20	20	40
2. Kammer	8	9	17
3. Kammer	14	13	27
4. Kammer	10	17	27
Total	56	63	119

Das Gesamtgericht befasste sich mit den ihm von Gesetzes wegen obliegenden Fragen der Justizverwaltung und Justizgesetzgebung. Neben personellen Fragen wie Wahlen und Beförderungen des Kanzleipersonals hatte sich das Gericht mit den jeweiligen Budgets und Jahresrechnungen und verschiedenen Vernehmlassungen (z. B. Motion betreffend Voraussetzungen für die Wahl in die Zuger Gerichte, Motion betreffend Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses bei Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsentscheiden) zu befassen.

Bei Verhinderung eines Richters werden in erster Linie die weiteren Richter der Kammer beigezogen. Im Weiteren stehen die Ersatzrichter zur Verfügung, welche 2005 sieben Mal und 2006 zehn Mal an Sitzungen mitwirkten.

Auf dem Zirkulationsweg wurden 2005 fünf und 2006 vier Geschäfte erledigt.

Mit Kantonsratsbeschluss vom 26. Oktober 2000 sind dem Verwaltungsgericht für die Amtsperiode 2001 bis 2006 7,5 Personalstellen bewilligt worden. Angesichts des vorübergehenden Rückgangs der Geschäftslast wegen des mit dem neuen Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) per 1. Januar 2003 verbundenen Rückgangs der Eingänge im Bereich der Sozialversicherung, hatte das Gericht ab dem 1. Juli 2003 auf die Besetzung der fünften Gerichtsschreiberstelle verzichtet. Auch im Verlaufe der Berichtsperiode wurde die Stelle nicht besetzt, wobei ein erheblicher Teil der Mehrarbeit – aufgrund der mittlerweile wieder höheren Geschäftslast – von den nebenamtlichen Richterinnen und Richtern übernommen wurde. Insgesamt sind somit zurzeit 6 der 7,5 Personalstellen besetzt. Falls die Geschäftslast wiederum zunehmen sollte, müsste diese Stelle im Verlaufe der jetzt laufenden Berichtsperiode aber wieder besetzt werden. Zurzeit verteilen sich die sechs Stellen auf vier GerichtsschreiberInnen und zwei Kanzleisekretärinnen. Leiter der Kanzlei ist seit 1997 Dr. iur. Aldo Elsener.

Kanzlei

Auf Ende Mai 2006 trat die Gerichtsschreiberin lic. iur. Carla Dittli aus dem Dienst des Verwaltungsgerichts aus, um sich bei einer Rechtsschutzversicherung in Zürich einer neuen Aufgabe zu widmen. Für ihre Arbeit im Dienste des Verwaltungsgerichts sei ihr an dieser Stelle der Dank des Gerichts ausgesprochen. Zur Nachfolgerin wählte das Gericht lic. iur. Andrea Hager, Zug.

Geschäfte

Übersicht über die Geschäfte

Über die Zahl der in den Jahren 2005 und 2006 eingegangenen sowie aus den Vorjahren übernommenen Fälle und über deren Erledigung geben die Tabellen 1 und 2 Aufschluss. Um den Mehrjahresüberblick zu erleichtern, werden nachstehend die Neueingänge und Erledigungen der Berichtsperiode und der Vorperioden dargestellt.

	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen Ende Jahr
1995	357	325	260
1996	391	265	386
1997	429	373	442
1998	456	462	436
1999	445	506	375
2000	403	442	336
2001	356	447	245
2002	435	495	185
2003	341	406	120
2004	410	393	137
2005	400	354	183
2006	381	359	205

Diese Zahlen zeigen, dass im Jahre 1997 ein Höchststand an Pendenzen von 442 erreicht wurde, welcher kontinuierlich bis Ende 2003 abgebaut werden konnte. Seither hat sich die Belastung des Gerichtes weitgehend normalisiert. Die Zahl der Erledigungen konnte dank des vermehrten Einsatzes der nebenamtlichen Mitglieder des Gerichts in etwa gehalten werden, wobei darauf hinzuweisen ist, dass wegen der Einführung des Einspracheverfahrens im Bereich der Sozialversicherung kaum oder nur noch wenige «leichte» Fälle zur Beurteilung gelangen. Per Ende 2006 hat sich die Zahl der pendenten Verfahren auf einem vertretbaren Niveau von etwa 200 Fällen eingependelt.

Geschäfte nach Sachgebieten

Die Tabelle 3 zeigt, auf welche Sachgebiete sich die in den Jahren 2005 und 2006 eingegangenen Fälle verteilen. Insgesamt gingen bei der verwaltungsrechtlichen Kammer deutlich weniger Beschwerden ein als in den Vorjahren. Bei den Eingängen im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Ausschaffungshaft), die in der letzten Berichtsperiode sehr stark angewachsen waren, konnte ein Rückgang festgestellt werden, während die 21 Beschwerden im Bereich Bau- und Planungsrecht einem langjährigen Mittelwert entsprechen. Im Bereich des Submissionsrechts konnte wie bei den Administrativmassnahmen im Strassenverkehr ebenfalls ein Rückgang der Eingänge beobachtet werden. Eine langsame, aber stete Zunahme zeigt sich bei den Rekursen und Beschwerden im Steuerrecht. Im Bereich der Sozialversicherung haben die Neueingänge wieder stark zugenommen. Während das Gericht in den Jahren 2003 und 2004 wegen des neuen ATSG und der damit verbundenen Einführung des Einspracheverfahrens nur durchschnittlich gut 130 Beschwerdeeingänge aus dem Bereich der Sozialversicherung entgegennehmen musste, waren es in dieser Berichtsperiode wieder im Durchschnitt deutlich über 200 neue Verfahren. Die Eingänge bei der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung und bei den Zwangsmassnahmen im Gesundheitswesen entsprechen – nach einer vorübergehenden Zunahme – wieder langjährigen Mittelwerten.

Vorinstanz

Bei den steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fällen ergibt sich die Vorinstanz aus dem Gegenstand des Verfahrens.

Über die Vorinstanzen im Bereich des «allgemeinen Verwaltungsrechts» in der Zuständigkeit der 1. Kammer orientiert die nachstehende Tabelle. Die Zahl in Klammern gibt die Anzahl der Beschwerden an, die vom Regierungsrat mit Zustimmung des Beschwerdeführers an das Verwaltungsgericht zur direkten Beurteilung überwiesen wurden (Sprungbeschwerden). Der Haftrichter überprüft Haftanordnungen des Kantonalen Amtes für Ausländerfragen oder direkt bei ihm eingereichte Gesuche um Haftentlassung.

Vorinstanz bei den erledigten Fällen der 1. Kammer	2005	2006
Regierungsrat	24 (1)	24(0)
Kantonale Direktion	27	39
Kantonales Amt für Ausländerfragen	58	59
Gemeinderäte	15	5
Andere	1	1
Total	125	128

Verfahrens- dauer

Die Tabelle 4 gibt für die Jahre 2005 und 2006 Auskunft über die Verfahrensdauer der erledigten Fälle. Die per Ende der Berichtsperiode noch hängigen Fälle aus den Vorjahren sind in der Tabelle 2 ausgewiesen. Bei den Fällen, die aus den Jahren 2003 bzw. 2004 noch hängig sind, musste das Gericht zum Teil auf andere Verfahren warten und in zwei Fällen dauerte es mehr als zwei Jahre, bis ein Gerichtsgutachten erstattet wurde. Im Durchschnitt sind 27 % der eingereichten Beschwerden nach einem Monat, 40 % nach drei Monaten, 60 % nach sechs Monaten und 87 % nach einem Jahr ab Beschwerdeeingang erledigt. Von den 2005 erledigten Verfahren dauerten noch 10 % länger als ein Jahr, 2006 waren es 15 % der erledigten Fälle. Insgesamt waren Ende 2006 noch 32 Verfahren aus den Vorjahren pendent. Bei diesen Verfahren sind zum Teil die Länge des Beweisverfahrens, ausstehende Begutachtungen und Fristerstreckungen der beteiligten Parteien für die lange Verfahrensdauer verantwortlich.

Weiterzug an das Bundes- gericht

Die Tabelle 5 gibt per 1. Januar 2007 Auskunft über die an die obersten Gerichte weitergezogenen Fälle, soweit sie die Berichtsperiode und die Vorjahre betreffen, sowie deren Erledigung. Die Fälle der sozialversicherungsrechtlichen Kammer unterlagen bis Ende 2006 dem Weiterzug ans Eidgenössische Versicherungsgericht. Die Urteile der übrigen Kammern unterlagen der Überprüfung durch das Bundesgericht.

Gebühren- ertrag

Beim Gebührenertrag ist zu bedenken, dass mehr als drei Viertel der Verfahren von Gesetzes wegen kostenlos sind. Dazu kommen die nachstehend aufgeführten Bewilligungen der unentgeltlichen Rechtspflege. Bei den grundsätzlich kostenpflichtigen verbleibenden Verfahren sind die Kosten in der Regel nur den unterliegenden Privatparteien aufzuerlegen, während den Gemeinwesen nur ausnahmsweise Kosten auferlegt werden dürfen. In den Berichtsjahren betragen die Gebühren:

2005: Fr. 83 256.–

2006: Fr. 91 629.–

Unent- geltliche Rechtspflege

Die Anzahl der Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und um Bestellung eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes belief sich 2005 auf 28 bzw. 2006 auf 41 Gesuche, wovon 24 bzw. 32 bewilligt wurden.

Übersicht über die Geschäfte 2005

Tabelle 1

	Eingänge	Erledigungen				Abschreibungen	Total	Pendent per Ende 2005
		Urteile		Nicht-eintreten	Total Urteile Kol. 2-4			
		Gut-heissung	Ab-weisung					
Kolonne	1	2	3	4	6	7	8	
A Vom Jahre 2000 übernommene Fälle 3. Kammer	1		1			1		
Total	1		1			1		
B Vom Jahre 2001 übernommene Fälle 3. Kammer	2						2 (2*)	
Total	2						2 (2*)	
C Vom Jahre 2002 übernommene Fälle 3. Kammer	4		2		1	3	1	
Total	4		2		1	3	1	

D Vom Jahre 2003 übernommene Fälle												
1. Kammer	3	1	1	2	1	3						
2. Kammer	1											1
3. Kammer	6	1	1	2	2	2						4 (2*)
Total	10	2	2	4	1	5						5 (2*)
E Vom Jahre 2004 übernommene Fälle												
1. Kammer	27	10	13	1	24	2						1 (1*)
2. Kammer	15	3	10	13	13	13						2
3. Kammer	78	27	36	4	67	3						8
Total	120	40	59	5	104	5						11 (1*)
Übernommene Fälle (A+B+C+D+E)	137	42	64	5	111	7						19 (5*)
F Neue Fälle 2005												
1. Kammer	119	11	71	3	85	11						23 (3*)
2. Kammer	30	7	6	1	14	2						14
3. Kammer	228	30	51	4	85	16						127 (3*)
4. Kammer	23	7	7	3	10	13						23
Total	400	48	135	11	194	42						164 (6*)
Gesamttotal (A-F)	537	90	199	16	305	49						183 (11*)
% (bezogen auf Kol. 1)	100	30	65	5	100	14						34
% (bezogen auf Kol. 5)												
% (bezogen auf Kol. 7)												

(* davon sistiert)

Übersicht über die Geschäfte 2006

	Eingänge	Erledigungen				Abschreibungen	Total	Pendent per Ende 2006
		Urteile		Nicht-eintreten	Total Urteile Kol. 2 - 4			
		Gut-heissung	Ab-weisung					
Kolonne	1	2	3	4	6	7	8	
A Vom Jahre 2001 übernommene Fälle 3. Kammer	2				2	2		
Total	2				2	2		
B Vom Jahre 2002 übernommene Fälle 3. Kammer	1	1		1		1		
Total	1	1		1		1		
C Vom Jahre 2003 übernommene Fälle 2. Kammer 3. Kammer	1 4	1	1	1		1 1	3	
Total	5	1	1	2		2	3	

D Vom Jahre 2004 übernommene Fälle										
1. Kammer	1							1		1
2. Kammer	2	1	1					2		2
3. Kammer	8	1	2					3		5
Total	11	2	3					5		6
E Vom Jahre 2005 übernommene Fälle										
1. Kammer	23	5	6					11	8	19
2. Kammer	14	2	6					8	1	9
3. Kammer	127	24	72	1				97	7	104
Total	164	31	84	1				116	16	132
Übernommene Fälle (A+B+C+D+E)	183	35	88	1				124	19	143
F Neue Fälle 2006										
1. Kammer	131	9	75	4				88	20	108
2. Kammer	30	1	11	2				14	7	21
3. Kammer	191	16	27	8				51	8	59
4. Kammer	29	4	13	3				20	8	28
Total	381	30	126	17				173	43	216
Gesamttotal (A-F)	564	65	214	18				297	62	359
% (bezogen auf Kol. 1)	100									
% (bezogen auf Kol. 5)		22	72	6				100		64
% (bezogen auf Kol. 7)								83	17	100

(* davon sistiert)

Neueingänge nach Sachgebieten

Tabelle 3

Kammer/Sachgebiete	2005	2006
1. Kammer		
Vormundschafts-/Kindsrecht		1
Sozialhilfe	1	2
Schulrecht	1	1
Ausländerrecht	1	5
Haftrichter (Ausschaffungshaft)	57	59
Submissionsverfahren	7	7
Bau- und Planungsrecht	21	21
Gewässerrecht	2	2
Umweltrecht		2
Heimatschutz	1	
Gemeinderecht	1	1
Gesundheitswesen	2	
Liegenschaftsschätzung	1	1
Administrativmassnahmen SVG	15	19
Verkehrsordnungen	3	1
Namensänderungen		2
Datenschutz		1
Verfahrensrecht	4	2
Diverse	2	4
Insgesamt 1. Kammer	119	131
2. Kammer		
Kantonssteuer/Direkte Bundessteuer	17	27
Grundstückgewinnsteuer	12	1
Wehrpflichtersatz	1	2
Insgesamt 2. Kammer	30	30
3. Kammer		
Alters- und Hinterlassenenversicherung	31	25
Invalidenversicherung	81	65
Ergänzungsleistungen	2	5
Arbeitslosenversicherung	34	24
Krankenversicherung	9	14
Unfallversicherung	45	36
Militärversicherung	1	
Kinderzulagen	11	5
Berufliche Vorsorge	14	17
Insgesamt 3. Kammer	228	191
4. Kammer		
Fürsorgerische Freiheitsentziehung	21	27
Zwangsmassnahmen im Gesundheitswesen	2	2
Insgesamt 4. Kammer	23	29
Total Neueingänge	400	381

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2005 nach Kammern

Tabelle 4 (2005)

Jahre Monate	1			2			länger	Total							
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12			0-3	3-6	6-9	9-12			
1. Kammer	60	11	6	20	12	12	1	0	3	0	0	0	0	0	125
2. Kammer	1	1	3	6	9	5	4	0	0	0	0	0	0	0	29
3. Kammer	7	13	20	51	52	15	10	2	1	1	1	1	0	2	177
4. Kammer	21	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	23
Total	89	26	29	78	73	32	15	2	4	1	1	1	0	2	354

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2006 nach Kammern

Tabelle 4 (2006)

Jahre Monate	1			2			länger	Total							
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12			0-3	3-6	6-9	9-12			
1. Kammer	64	16	8	20	12	1	4	1	2	0	0	0	0	0	128
2. Kammer	5	5	3	5	9	2	0	1	0	0	0	1	2	0	33
3. Kammer	10	6	8	35	37	26	25	14	3	1	1	1	0	1	170
4. Kammer	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	28
Total	107	27	19	60	58	29	29	16	5	1	1	2	2	1	359

Jahr	Vom Verwaltungsgericht beurteilte Fälle	Weitergezogene Fälle	Vom Bundesgericht erledigt					Pendent beim Bundesgericht
			Gutheissung	Rückweisung	Abweisung	Nichteintreten	Abrechnung	
2002	382	59	16	-	40	1	2	0
1. Kammer	151	15	4	-	10	1	-	0
2. Kammer	34	4	-	-	4	-	-	0
3. Kammer	180	37	12	-	23	-	2	0
4. Kammer	17	3	-	-	3	-	-	0
2003	325	58	7	6	36	5	4	0
1. Kammer	145	15	2	-	11	2	-	0
2. Kammer	11	-	-	-	-	-	-	-
3. Kammer	144	38	5	5	22	2	4	0
4. Kammer	25	5	-	1	3	1	-	0
2004	330	50	9	3	33	2	3	0
1. Kammer	153	11	1	-	10	-	-	0
2. Kammer	17	4	1	-	3	-	-	0
3. Kammer	127	31	7	3	17	2	2	0
4. Kammer	33	4	-	-	3	-	1	0
2005	354	58	6	-	43	2	-	7
1. Kammer	125	12	-	-	11	1	-	0
2. Kammer	29	2	-	-	2	-	-	0
3. Kammer	177	44	6	-	30	1	-	7
4. Kammer	23	-	-	-	-	-	-	-
2006	359	51	-	1	16	3	3	28
1. Kammer	128	13	-	-	9	-	1	3
2. Kammer	33	2	-	1	-	1	-	0
3. Kammer	170	32	-	-	4	2	1	25
4. Kammer	28	4	-	-	3	-	1	0

